Nummer 88 — 29. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt“ und der Kinderbeilage „Frohmut“, sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Aerztlicher Ratgeber“, „Das gute Buch“, „Filmrundschau“. Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Desczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonntag, den 13. April 1930

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Franz Bungartz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Polierstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Das „Junctim“ angenommen

Agrar- und Steuervorlagen können nur gemeinsam angenommen oder abgelehnt werden

Bei Ablehnung Auflösung

Berlin, 12. April (Drahtbericht).

Im Reichstag wurde heute der Antrag der Regierungsparteien, der das „Junctim“ (die unlösliche Verbindung) zwischen dem Agrargesetz und den Deckungsvorlagen hergestellt, mit 217 gegen 206 Stimmen bei einer Enthaltung unter Pfuirufen der Kommunisten angenommen. Die Deutschnationalen stimmten geteilt. Für den Antrag stimmten nur die Regierungsparteien.

•

Den heutigen Abstimmungen der zweiten Lesung kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als sich nun endlich zeigen muß, welche Stellung die Fraktionen zu den Vorschlägen der Regierung einnehmen. Die Bayrische Volkspartei hat gestern ihre Zustimmung zum Steuerkompromiß gegeben. Diese Zustimmung ist durch eine neue Lösung der Biersteuer-Erhöhung ermöglicht worden. Die neue Lösung bringt im finanziellen Effekt die gleiche Durchschnittserhöhung wie das bisherige Kompromiß. Die Erhöhung wird auf 45 Prozent begrenzt, dagegen kommt die Freigrenze bis zu 10 000 Hektoliter in Fortfall; hierdurch wird eine Spanne von etwa 22 Millionen Mark gewonnen. Innerhalb der bisherigen Freigrenze findet eine Staffelung der Erhöhung statt. Die kleineren bis 10 000 Hektoliter erzeugenden Brauereien werden also zwar geschont, aber nicht freigelassen. Die von der Biersteuererhöhung erwarteten Eingänge werden auch durch die neue Lösung in der vorgesehenen Höhe erreicht; die Gefahrengrenze ist so gehalten, daß ein Defizit nicht zu erwarten ist. Aus diesen Gründen hat auch der Reichskanzler der neuen Regelung seine Zustimmung gegeben. Die in der Regierung vertretenen Parteien haben den neuen Antrag bereits im Reichstage eingebracht. Er trägt auch die Unterschrift der Bayrischen Volkspartei.

Die Taktik der Deutschnationalen ist sichtlich darauf abgestellt, daß die Regierung die Nerven verlieren soll. Von deutschnationaler Seite wurde gestern geflissentlich im Reichstage verbreitet, daß die Partei in zweiter Lesung gegen die Steuervorlagen stimmen würde, und zwar nicht nur gegen die einzelnen Paragraphen, sondern auch gegen die Einleitungen und Titelüberschriften der Gesetze. Damit wäre sofort die Reichstagsauflösung da, da dann eine dritte Lesung der Vorlagen nicht möglich wäre.

Jedenfalls ist von seiten der Regierungsparteien Sorge getragen, daß die Deutschnationalen heute zu einer klaren Stellungnahme gezwungen werden. Ihre Parteiführer haben heute abend gemeinsam einen Antrag unterschrieben, wonach **in das Benzolzollgesetz (mit dem bekanntlich die Agrarvorlage verknüpft ist) ein § 1a eingefügt wird, der ausspricht, daß das Gesetz erst in Kraft tritt, wenn auch die Finanzvorlagen angenommen sind. Damit ist das Junktim zwischen beiden Vorlagen hergestellt.** Man nimmt an, daß dieser Paragraph 1a im Reichstag angenommen werden wird, weil die Sozialdemokraten sich dabei voraussichtlich der Stimme enthalten werden. Würde wider Erwarten schon dieser Paragraph 1a zu Fall kommen, so wäre dies bereits das Signal für die Reichstagsauflösung. Aber auch im Falle der Annahme dieses Paragraphen 1a müssen dann noch die Finanzgesetze selbst angenommen werden, da deren Ablehnung ebenfalls zur Reichstagsauflösung führen müßte. Bei diesen Finanzgesetzen werden die Sozialdemokraten allerdings keine Stimmenthaltung üben, sondern dann wird es auf die Stimmen der Deutschnationalen ankommen. Wenn die Deutschnationalen jetzt also die Steuervorlagen ablehnen, lehnen sie gleichzeitig das Agrarprogramm ab.

Angesichts dieser Lage glaubt man nicht, daß die Deutschnationalen es auf eine Reichstagsauflösung ankommen lassen werden. Daß die Regierung entschlossen ist aus der Entscheidung des Reichstages alle nötigen Folgerungen zu ziehen, läßt der Wortlaut der amtlichen Mitteilung erkennen, die nach Beendigung der gestrigen Parteiführerbesprechung ausgegeben worden ist: „In der (Freitag) unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning abgehaltenen Kabinettssitzung sowie in der sich anschließenden Führerbesprechung der in der Regierung vertretenen Parteien herrschte darüber völlige Uebereinstimmung, daß die Inkraftsetzung des Agrarprogramms ohne gleichzeitige Verabschiedung der Deckungsvorlagen unmöglich sei. Demzufolge haben die Regierungsparteien einen Antrag eingebracht, nach dem das Agrarprogramm nur gemeinschaftlich mit den Finanzvorlagen in Kraft treten kann. **Wird dieser Antrag in der morgigen (d. i. Sonnabend-) Reichstagssitzung abgelehnt, so wird die Reichsregierung unverzüglich die weiteren Entscheidungen treffen. Das gleiche ist der Fall, wenn in der morgigen zweiten Lesung der Deckungsvorlagen ihr finanzieller Ertrag nach Auffassung des Kabinetts** beeinträchtigt wird.“

Das Eingreifen Luthers

Berlin, 12. April.

Den ganzen Ernst der Lage zeigt mit aller Deutlichkeit ein Brief, den der Reichsbankpräsident Dr. Luther gestern an den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gerichtet hat. In diesem Briefe macht der Reichsbankpräsident darauf aufmerksam, daß das von der Reichsbank im letzten Jahre der Reichskasse in Form von Schatzwechseln zur Verfügung gestellte Darlehen in Höhe von 350 Millionen Mark, das am 15. April 1930 gekündigt werden kann, gekündigt werden wird, wenn die Voraussetzungen, unter denen es gewährt wurde, vor allem geordnete Kassenverhältnisse und ausgeglichener Etat, bis dahin nicht gegeben sein sollten. In dem Briefe wird darauf hingewiesen, daß Reichsbankpräsident, Reichsbankdirektorium und „wohl auch die Reichsregierung“ der Meinung sind, daß diese Voraussetzungen zur Zeit wohl nicht als gegeben betrachtet werden könnten.

Der Reichsbankpräsident hat mit diesem Hinweis nur eine selbstverständliche Pflicht erfüllt. Es ist unbedingt notwendig, daß bis zum 15. April die Voraussetzungen für eine geordnete Finanzwirtschaft geschaffen sind — entweder mit oder ohne den Reichstag.

Der Terror der Tscheka

Kowno, 11. April.

Zu der kürzlich erfolgten Verhaftung des Gesandtschaftsrats der hiesigen russischen Gesandtschaft, Rabinowitsch durch die GPU. wird aus Moskau berichtet, daß Rabinowitsch Unterhaltung von Beziehungen zu sowjetfeindlichen Kreisen sowie wirtschaftliche Gegenrevolution zur Last gelegt werden. Der Prozeß gegen Rabinowitsch, dem die Todesstrafe drohe, werde Ende Mai in Moskau stattfinden.

In letzter Zeit ist eine ganze Anzahl von Sowjetdiplomaten und Angestellten der Handelsvertretungen ihrer Posten enthoben worden, weil sie sich geweigert hatten, nach Rußland zurückzukehren. Bis jetzt handelt es sich insgesamt um 29 Personen, darunter den ehemaligen Botschaftsrat Bessedowski, den ehemaligen Gesandtschaftsrat Dimitriewski, den ehemaligen Staatsbankpräsidenten Scheinmann, und den ehemaligen sowjetrussischen Handelsvertreter in Reval, Salomon. Alle diese Beamten sind von den Sowjetgerichten in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden.

Paris, 11. April.

Der Pariser Abgeordnete Dumat hatte in einem Brief an den Ministerpräsidenten Tardieu die Frage gestellt, welche Absicht die Regierung bezüglich einer Behandlung der Kutjepow-Angelegenheit in der Kammer habe. Nunmehr hat Tardieu geantwortet, daß er den kürzlichen Erklärungen des Pariser Polizeipräfekten Chiappe im Pariser Gemeinderat nichts hinzuzufügen habe.

Nach einer Havasmeldung aus Schanghai erklärt man, daß das Zentralkomitee der Kuomintang zahlreiche Nachrichten erhalten habe, wonach die Kommunisten im Begriffe ständen, einen Staatsstreich vorzubereiten. Die Untersuchung habe das Vorhandensein von Waffenlagern ergeben. Das Gerücht sei verbreitet, daß die sehr bekannte Revolutionärin Sume Tschang verhaftet worden sei. Die nordchinesischen Truppen rückten weiter vor und bedrohten Hankau. Die Regierung beabsichtige, Hankau zu räumen und Verteidigungsstellungen bei Nanking zu beziehen.

Päpstliche Fürsorge für Rußland

Der Papst erklärt die Kommission für Rußland als autonom.

Rom, 12. April. Durch ein Motuproprio hat der Papst die Kommission für Rußland, die bisher der Kommission für die orientalische Kirche unterstellt war, aus dieser Verbindung gelöst. Zum Leiter der nunmehr autonomen Kommission wurde d'Herbigny bestellt. Der Papst wies in seinem Handschreiben darauf hin, daß diese Verfügung getroffen wurde, weil Rußland immer größerer Fürsorge seitens des Heiligen Stuhles bedürfe.

„Hosanna!“ und „Kreuzige!“

Die Karwoche hat in christlichen Ländern immer als die „stille“ Woche gegolten, als eine Zeit, in der die Menschen ihre Gedanken von den Dingen des Alltags weg auf das Ewige lenken sollen. Aber ist Deutschland noch ein christliches Land? Artikel 137 der Verfassung sagt: „Es besteht keine Staatskirche“. Befragt man die Statistik, dann ist allerdings festzustellen, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich zu christlichen Religionsgemeinschaften bekennt. Aber die Feinde der Religion meinen, das sei nur äußerer Schein, nur aus gesellschaftlichen und beruflichen Gründen werde die Mehrheit der deutschen Menschen gehindert, aus den Religionsgemeinschaften auszutreten. „Sachsen ist weit eher als dissidentisches denn als protestantisches Land zu bezeichnen“ schrieb vor einiger Zeit die „Leipziger Volkszeitung“ nicht ohne Stolz.

Jedenfalls müssen wir den Herren Freidenkern eins zugeben: Das öffentliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland hat kaum noch eine Spur von christlichem Charakter. Es hat gar keinen Zweck, sich darüber zu täuschen. Man kann sich auch fragen, ob nicht diese Wandlung, die wir als Christen aufrichtig bedauern, im Plane einer höheren Weisheit liegt. Die zeitweilige Abkehr der Welt von Gott scheint notwendig zu sein, um sie nach solcher Abkehr um so inniger mit ihm zu vereinen. In der Liturgie des Palmsonntags ist dieser scheinbare Widerspruch wie in einem großen Gleichnis festgehalten: Da steht der Hymnus der palmenstreuenden Jünglinge „Hosanna dem Sohne Davids!“ neben der Matthäus-Passion, aus der das „Kreuzige ihn!“ dem Erlöser entgegentönt. Es sind dieselben Menschen, die erst „Hosanna“ und dann „Kreuzige“ gerufen haben. Das war nicht etwa ein besonders verruchtes Geschlecht, es waren Menschen wie wir. Dieser Widerspruch liegt in der Menschennatur. Ueber diesem Widerspruch aber steht der unzerstörbare Sieg der göttlichen Wahrheit, den der Auferstandene verkörpert.

•

Es gibt kein Schlagwort, das heute zugkräftiger und volkstümlicher wäre als dieser alte Ruf: „Kreuzige ihn!“ Am lautesten erschallt er in Rußland, wo die Hände der Gottlosen die Kreuze von den Kirchen reißen und Klubhäuser daraus machen, wo die Glocken zu Gütern für Affenkäfige verarbeitet und jahrhundertealte Klöster in die Luft gesprengt werden. Der Papst hat seine Stimme gegen diese Greuel erhoben. Aber er hat nur einen Erfolg gehabt: daß man auf russischer Seite jetzt einfach diese Dinge leugnet — leider erst, nachdem die Bilder und Filmaufnahmen dieser Klosterimsprengungen und Kirchenschließungen in alle Welt gedrungen waren. Aber keins der Länder, die sich heute noch christlich nennen, hat bei der russischen Regierung gegen diese Verfolgung des Christentums protestiert. Wenn Nero und Diokletian heute noch lebten, so würden mit ihnen die in dem ehrenwerten Völkerbund vereinigten Staaten die besten Beziehungen unterhalten, sofern nur mit den Ländern dieser Herren Handelsgeschäfte zu machen wären. Für ein paar fette Konzessionen würde man gern einige als Pechfackeln verbrannte oder den wilden Tieren vorgeworfene Christen übersehen.

In Deutschland aber genügt es nicht, daß man wie in England (über dessen „Scheinheiligkeit“ sich ganz kluge Leute bei uns entrüsten) den russischen Kirchensturm einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Nein, hier werden die Bolschewisten auch noch verteidigt. Im Namen der Geistesfreiheit von der liberalen Presse, aus Kirchenfeindschaft von einem Teil der sozialistischen Presse und aus Haß gegen Rom von den — Nationalsozialisten. Die haben in der edlen Front zur Verteidigung des Bolschewismus gerade noch

Heute:
- Heimat und Welt (Ill. Wochenbeilage)
- Unterhaltung und Wissen
- Das gute Buch
- Filmrundschau
- Turnen, Sport und Spiel